

Die Selbstlähmung der europäischen Politik. Von Thomas König. DIE ZEIT vom 4. Mai 2014

Seit Jahren werden mehr Rechte für das Europäische Parlament eingeklagt, um den Beschlüssen der Europäischen Union eine höhere demokratische Legitimation zu verschaffen. Vom deutschen Philosophen Jürgen Habermas bis hin zum britischen Politikwissenschaftler Simon Hix – alle sind sich einig: Ohne ein starkes Europäisches Parlament, das den Bürgern (partei)politische Alternativen für die Richtung der europäischen Integration anbietet, für mehr oder weniger oder ein anderes Europa, leidet die EU unter einem Demokratie-Defizit. Spätestens seit [...] dem Maastrichter Vertrag, der zentrale nationale Kompetenzen auf die Ebene der EU verlagerte, erscheint eine Parlamentarisierung der Gemeinschaft geboten. Wenn schon die Bürger die Verantwortlichen in Kommission und Rat nicht direkt erreichen können, dann sollten sie zumindest die Abgeordneten eines gleichberechtigten Europäischen Parlaments wählen dürfen.

Vom 22. bis 25. Mai können die Bürger ihre Abgeordneten im Brüsseler und Straßburger Parlament neu bestimmen, dessen Machtbefugnisse durch den Lissabonner Vertrag vom Dezember 2009 erheblich gestärkt wurden: Um der Kommissionsspitze ein gewähltes Gesicht mit einer (partei)politischen Ausrichtung zu geben, soll sich die anschließende Wahl des Kommissionspräsidenten an das parlamentarische Wahlergebnis anlehnen. Martin Schulz und Jean-Claude Juncker bewerben sich als Vertreter der beiden großen Fraktionen, der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) und der christdemokratischen Europäischen Volkspartei (EVP), um die Leitung der europäischen Exekutive.

Allerdings zeichnet sich ab, dass nicht die beiden großen Parteigruppen, sondern die populistischen Parteien am linken und rechten Rand des Spektrums deutlich gewinnen werden. Wird also Marine Le Pen vom französischen Front National bald der Kommission vorstehen und die künftige Politik der EU vorgeben, in Richtung Renationalisierung? Hat sogar Bernd Lucke von der Alternative für Deutschland Chancen, in Zukunft ein gewichtiges Wort in Europa mitzureden? Wohl kaum. Denn obwohl sich die rechts- wie linkspopulistischen Parteien einig sind in der Ablehnung der EU, zumindest in der jetzigen Form, dürfte ihre Uneinigkeit dazu führen, dass weder eine linke Mehrheit einen supranationalen Wohlfahrtsstaat aufbauen noch eine rechte Mehrheit die Brüsseler Regelungsaktivitäten abbauen wird. Vielmehr werden die beiden großen Fraktionen voraussichtlich wieder eine informelle große Koalition bilden und in einem Kuhhandel mit den Regierungschefs im Europäischen Rat vereinbaren, wer neuer Kommissionspräsidenten wird. Viel bedeutsamer als diese Wahl dürfte allerdings für die Zukunft der EU sein, dass in in einem solchen großen Deal politische Richtungsänderungen wie fast immer bei solchen Bündnissen eher ausgeschlossen sind. Es ist damit zu rechnen, dass die EU weder den höheren Wohlfahrtsansprüchen nachkommen noch sich selber in ihren Regelungsbemühungen bescheiden wird. Das wird jedoch weder die Popularität der extremen Parteien verringern noch die Akzeptanz der EU-Beschlüsse erhöhen.

Eine große Koalition dürfte also weder aus Sicht der Bürger das geeignete Rezept gegen ihren wachsenden Unmut über die Politik der EU sein noch dem Europäischen Parlament helfen, eine neue Richtung gegenüber Kommission und Rat durchzusetzen. Wenn aber auch das Parlament, das wie nie zuvor mit Machtbefugnissen ausgestattet ist, keine Alternativen anbietet und der Verdruss in den Bevölkerungen dadurch sogar noch zunimmt, dann könnte die Parlamentarisierung paradoxerweise zur Schwächung der EU beitragen und die Diskussion über das demokratische Defizit und eine Rückverlagerung von Kompetenzen auf die nationale Ebene erneut entfachen. Erste Anzeichen hierfür finden sich bereits in der sinkenden öffentlichen Unterstützung der EU. Allein von November 2009 bis Juni 2010 ist sie von 69 auf 49 Prozent in allen Mitgliedstaaten gesunken. Ein weiterer Gradmesser ist die Beteiligung an den Europawahlen, die sich seit der ersten Direktwahl 1979 von 63 Prozent auf zuletzt 43 Prozent 2009 verringerte und noch weiter sinken könnte. Folgen hat das nicht nur für die europäische Ebene. Schon jetzt schlägt sich der wachsende Widerstand gegen die Brüsseler Politik in den nationalen Parteiensystemen nieder. Populistische, EU-skeptische bis europafeindliche Parteien haben in vielen Mitgliedsländern Zulauf, während die eher moderaten (Regierungs)Parteien für eine weitere europäische Integration

50 eintreten. Je bedeutsamer diese Frage wird, desto höher ist auch auf nationaler Ebene die Wahrscheinlichkeit großer Koalitionen, was wiederum die Ränder stärkt.

So könnte die Parlamentarisierung der EU indirekt nicht nur zu ihrer Schwächung führen, sondern auch auf nationaler Ebene Richtungsänderungen verhindern, wenn auch dort immer mehr große Koalitionen regieren. Das dürfte weder den Kritikern eines demokratischen Defizits noch den 55 parlamentarischen Repräsentanten in Europa gefallen. Ein Ausweg zeichnet sich im Moment allerdings nicht ab.

Zum Autor: Prof. Thomas König ist Politikwissenschaftler an der Universität Mannheim.

Quelle: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-05/europaparlament-eu-paradoxie/komplettansicht> (zuletzt zugegriffen am 15.10.2017)

Aufgabe:

1. Erläutern Sie Zusammensetzung, Bedeutung und wesentliche Aufgaben (Kompetenzen) der EU-Organe im „institutionellen Dreieck“ der EU.
2. Analysieren Sie den Text im Hinblick auf die Position des Autors zur politischen Lage der Europäischen Union.
3. Erörtern Sie – jenseits der Argumente im Text –, inwieweit ein Demokratiedefizit in der EU vorliegt und entwickeln Sie Vorschläge, wie durch mehr Bürgerbeteiligung dem wachsenden Populismus in Europa begegnet werden kann. Nehmen Sie anschließend Stellung zur Position des Autors.

Viel Erfolg!

Vorname Name

a) inhaltliche Leistung

1. Teilaufgabe

Anforderungen	max. Punkte	erreichte Punkte
Der Prüfling benennt das institutionelle Dreieck als Zusammenspiel zwischen der Europäischen Kommission, des Rates der EU und des Europäischen Parlaments bei der europ. Gesetzgebung.	2	
Er zeigt die Zusammensetzung, Bedeutung und Aufgaben der Europäischen Kommission auf: Die Europäische Kommission – bestehend aus 1 Kommissar aus jedem Mitgliedsland – hat im Regelfall das Monopol für die Gesetzesinitiative inne (kann aber von den beiden anderen Organen zur Vorlage eines Entwurfs aufgefordert werden). Aufgrund dieses Privilegs gilt sie als Motor der EU-Integration. Im Gesetzgebungsverfahren nimmt die Kommission bei Unstimmigkeiten zwischen Rat und EP im Vermittlungsausschuss teil, um auf eine Einigung hinzuwirken. Darüber setzt die Kommission als supranationales Exekutivorgan die Gemeinschaftspolitik um; als Hüterin der Verträge kann sie Vertragsverletzungsverfahren einleiten, sie verwaltet den EU-Haushalt und vertritt die EU bei internationalen Verhandlungen.	8	
Er zeigt die Zusammensetzung, Bedeutung und Aufgaben des Rates der EU auf: Der Rat der EU (Ministerrat) setzt sich zusammen aus den Fachministern eines jeden Mitgliedsstaates und ist neben dem Europ. Parlament die Legislative, indem beide die vorgeschlagenen Rechtsakte ändern, beschließen bzw. ablehnen können. Die Beschlussfassung erfolgt bei qualifizierter Mehrheit in Form der doppelten Mehrheit.	5	
Er zeigt die Zusammensetzung, Bedeutung und Aufgaben des Europäischen Parlaments auf: Das Europäische Parlament als einziges direkt vom Bürger alle 5 Jahre direkt gewähltes EU-Organ (Parlamentssitzverteilung der 751 Sitze ergibt sich aus dem Prinzip der degressiven Proportionalität) verabschiedet gemeinsam mit dem Ministerrat Gesetze. Es übt durch die Möglichkeit, der Kommission sein Misstrauen auszusprechen eine demokratische Kontrolle der Exekutive aus. Völkerrechtliche Verträge und der Haushalt bedürfen der Zustimmung des EP.	6	
Ggf. Erfüllung eines weiteren aufgabenbezogenen Kriteriums	(4)	
Summe 1. Aufgabe	21	

2. Teilaufgabe

Anforderungen	max. Punkte	erreichte Punkte
Bestimmung des Autors (Politikwissenschaftler), Position (contra weitere Parlamentarisierung durch eine Stärkung des EP)	3	
Kennzeichnung des Textes als Gastbeitrag/Zeitungskommentar, Anlass (bevorstehende EP-Wahlen), Adressat (politisch interessierte Öffentlichkeit und Politik)	3	
Thema: Der Autor stellt in Bezug auf die EU die Frage, inwieweit eine weitere Parlamentarisierung der EU mehr Akzeptanz bei den Bürgern wecken könne.	3	
Kernaussage/Grundthese des Autors: die Stärkung des EP wie sie bei Intellektuellen angemahnt und durch die Verträge schrittweise verwirklicht werde, würde paradoxerweise nur zu mehr EU-Verdross bei den Bürgern führen.	3	
Darstellung der vom Autor genannten Problempunkte und Erläuterung der vom Autor vorgenommenen Bewertungen (-> Aufbau des Textes): <ul style="list-style-type: none"> • Einleitung: Darstellung der gegnerischen Position von bedeutenden Intellektuellen wie Habermas u.a., dass nur ein starkes EP das Demokratiedefizit in der EU verhindern könne und auch die europäische Integration seit dem Maastrichter Vertrag diesen Weg beschreite (Z.1-10). • Bedeutung der anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament in 	18	

<p>diesem Zusammenhang: Mit dem Lissabonner Vertrag bekomme nun erstmals die EP-Wahl die scheinbare Bedeutung einer echten Wahl zwischen zwei politischen Alternativen in der Person der Spitzenkandidaten für den Kommissionspräsidenten Schulz und Juncker (Z. 11-18).</p> <ul style="list-style-type: none"> • Herleitung der Gegenthese durch eine Prognose: Die Wahl werde lediglich dem Populismus in den Mitgliedsstaaten wie Frankreich und mittlerweile auch Deutschland befeuern. Dieser werde zwar die EU-Politik noch nicht bestimmen, da diese Gruppierungen zu zerstritten sind; allerdings werde der Wahlausgang die zuvor miteinander konkurrierenden Parteilfamilien zu einem anrühigen „Kuhhandel“ (Z. 28) darüber zusammenführen, welchen Kandidaten das EP dem vorschlagsberechtigten Europäischen Rat empfehlen werde. Ein solch bei den Bürgern Frust erzeugender „Deal“ (Z. 31) werde dazu führen, dass die EU weiter an Akzeptanz verliere und die Rechtspopulisten an Popularität gewannen, so dass die EU nicht kraftvoll in die eine (Aufbau von mehr Sozialstaatlichkeit) oder andere Richtung (Abbau von Bürokratie) gehen könne. (Z. 19-34) • Zwischenfazit und Darstellung von Belegen: Die informelle große Koalition der beiden stärksten Parteilfamilien würden bei den Bürgern Frust erzeugen und das Parlament als Inbegriff der Alternativlosigkeit inhaltlich schwächen, was damit ein gestärktes EP sogar noch begünstigt hätte und die Rufe nach einer Renationalisierung lauter werden lasse. Sinkende Wahlbeteiligung und Unterstützung der EU laut Umfragen auch seit Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages werden als Belege genannt. Dies werde sich auch in einem Zulauf auf rechtspopulistische Parteien in den Mitgliedsländern niederschlagen (Z. 35-51). • Pessimistisches Fazit: Die Parlamentarisierung führe also zu mehr großen Koalitionen auf EU- und dann auch auf nationaler Ebene, was für die Bürger noch mehr Alternativlosigkeit bedeute und beide Ebenen delegitimiere. (Z. 52-56). 		
Intention: Den Leser informieren, Beitrag zur politikwissenschaftlichen Debatte, Warnung vor nicht beabsichtigten Folgen einer weiteren Parlamentarisierung (Aufwind für Rechtspopulismus).	3	
Ggf. Erfüllung eines weiteren aufgabenbezogenen Kriteriums	(4)	
Summe 2. Aufgabe	33	

3. Teilaufgabe

Der Schüler	max. Punkte	erreichte Punkte
fasst die These des Autors dahingehend zusammen, dass ein Demokratiedefizit dadurch besteht, dass die Bürger nicht genug Einflussmöglichkeiten auf eine Politikänderung in der EU haben;	2	
erörtert die These des Autors, indem er zustimmend argumentiert, dass dem EP die volle Gesetzesinitiative fehlt, das Europäische Bürgerbegehren keine verbindliche Gesetzgebung auslöst, einzelne Politikbereiche weiterhin der Mitentscheidung durch das EP entzogen sind, dass zwar der Bundestag Einfluss verloren aber das EP nicht in gleichem Maße Einfluss dazu gewonnen habe und somit die Gewaltenteilung zugunsten der nationalen Exekutive im Rat der EU verschoben werde.	6	
erörtert die These des Autors, indem er relativierend oder ablehnend argumentiert, dass die EU ein Mehr an Europa benötige, da sie unvollendet sei: zwar sei seit dem Vertrag von Lissabon das EP aufgewertet, das Initiativrecht des EP gegenüber der Kommission eingerichtet (wenn auch keine echte Gesetzesinitiative), das Bürgerbegehren und die Grundrechtecharta (außer GB, PL) eingeführt und darüber hinaus die nationalen Parlamente gemäß dem Subsidiaritätsprinzip gestärkt worden, so dass die EU durchaus bürgernäher geworden ist.	7	

verweist kritisch darauf, dass der Autor die o.g. demokratischen Entwicklungen der EU nicht ausreichend würdigt oder dass die EP-Wahl von 2014 im nachhinein doch gezeigt hat, dass sich das EP gegen den Widerstand aus dem Europäischen Rat durchsetzen konnte.	2	
entwickelt zwei Vorschläge zu einer signifikanten Stärkung des Bürgerwillens, um dem antieuropäischen Rechtspopulismus etwas entgegenzusetzen z.B.: Aufwertung der Europäischen Bürgerinitiative, volle Gesetzesinitiative für das EP, Aufwertung der Gesetzesinitiative durch die nationalen Parlamente.	4	
nimmt zur Position des Autors Stellung. Das eigenständige Gesamturteil ist kriterienorientiert (mögliche Kriterien: Umsetzbarkeit, Doppelcharakter der EU als Staatenverbund und Mehrebenensystem, Bürgernähe, Effizienz/Wirksamkeit gegen Populismus).	5	
Ggf. Erfüllung eines weiteren aufgabenbezogenen Kriteriums	(4)	
Summe 3. Aufgabe	26	
Summe aus allen Teilaufgaben	80	

b) Darstellungsleistung

Der Schüler	max. Punkte	erreichte Punkte
strukturiert seinen Text schlüssig, stringent und gedanklich klar.	5	
verwendet eine präzise und differenzierte Sprache mit einer adäquaten Verwendung der Fachterminologie	5	
schreibt sprachlich richtig sowie syntaktisch und stilistisch sicher.	4	
verbindet die Ebenen Sachdarstellung, Analyse und Bewertung sicher und transparent und belegt seine Aussagen durch angemessene und korrekte Nachweise (Zitate u.a.).	6	
Summe Darstellungsleistung	20	
Gesamtsumme	100	

Die Klausur wird mit der Note _____ bewertet.

Note	Punkte	Erreichte Punktzahl
sehr gut plus	15	95-100
sehr gut	14	90-94
sehr gut minus	13	85-89
gut plus	12	80-84
gut	11	75-79
gut minus	10	70-74
befriedigend plus	9	65-69
befriedigend	8	60-64
befriedigend minus	7	55-59
ausreichend plus	6	50-54
ausreichend	5	45-49
ausreichend minus	4	39-44
mangelhaft plus	3	33-38
mangelhaft	2	27-32
mangelhaft minus	1	20-26
ungenügend	0	0-19